Lydia KLINKENBERG, Ministerin für Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit

Sitzung vom 04.11.2026

Frage Nr. 494 von Frau Colling (ECOLO) an Ministerin Klinkenberg zur Beteiligung der DG an der föderalen Initiative zur Verstärkung mobiler Krisenteams für Kinder und Jugendliche

---

Es gilt das gesprochene Wort!

Frage:

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die ein enges Zusammenspiel verschiedener Zuständigkeitsebenen erfordert. In Belgien liegt die Organisation der Jugendhilfe grundsätzlich in der Zuständigkeit der Gemeinschaften, während der Föderalstaat unter anderem für wesentliche Bereiche der Gesundheitspolitik und die Finanzierung der Gesundheitspflege über das INAMI zuständig ist. Diese Aufgabenteilung ist historisch gewachsen, kann in der Praxis aber dazu führen, dass medizinische Versorgung und Jugendhilfe nicht immer ausreichend ineinandergreifen, gerade dann, wenn Kinder und Jugendliche sich in einer akuten psychischen Krise befinden.

Am 12. Mai 2026 wurde eine gemeinsame Initiative des föderalen Gesundheitsministers Frank Vandenbroucke und der Fédération Wallonie-Bruxelles angekündigt, mit der die Unterstützung von Jugendlichen in schwierigen Lebenssituationen verstärkt werden soll. Vorgesehen sind mobile intersektorielle Teams, die Fachkräfte aus der psychischen Gesundheitsversorgung und der Jugendhilfe zusammenbringen und bei Krisen von Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendhilfe oder direkt in ihrem häuslichen Umfeld intervenieren sollen. Die Teams sollen auf Provinzebene organisiert werden. Für das Vorhaben wurden zusätzliche föderale Mittel angekündigt.[1]

Da die Deutschsprachige Gemeinschaft ebenfalls im Gebiet der Provinz Lüttich liegt, stellt sich die Frage, ob eine vergleichbare Kooperation auch für Ostbelgien vorgesehen ist oder gemeinsam mit dem Föderalstaat entwickelt werden könnte. Dabei wäre insbesondere zu klären, wie die spezifischen Zuständigkeiten der DG berücksichtigt werden und ob für eine solche Zusammenarbeit zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten.

Vor diesem Hintergrund haben wir folgende Fragen:

1. *Wurde die DG in die Umsetzung dieser föderalen Initiative zur Verstärkung mobiler Krisenteams in der Jugendhilfe einbezogen?*

2. *Unter welchen Voraussetzungen könnte die DG von einer entsprechenden finanziellen Unterstützung profitieren?*

3. *Welche Schritte unternimmt die Regierung der DG, um sicherzustellen, dass die Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und den psychiatrischen Diensten in Ostbelgien ebenfalls gestärkt wird?*

---

[1] https://bx1.be/categories/news/le-federal-et-la-fwb-renforcent-leur-soutien-aux-jeunes-en-difficultes.

Antwort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die psychische Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien ist eine zentrale Herausforderung für unsere Gesellschaft.

Fachkräfte beobachten eine allgemeine Verschlechterung der psychischen Gesundheit junger Menschen und eine Zunahme von Situationen, in denen Erziehungsschwierigkeiten und psychische Probleme auftreten, mit direkten Auswirkungen auf das familiäre Gleichgewicht.

Ohne Prävention, frühzeitige Erkennung und schnelle Intervention können sich diese Situationen zu Krisenzuständen entwickeln, die, wenn sie sich wiederholen, die psychiatrischen Einrichtungen und die Jugendhilfe stark belasten.

Angesichts dieser Feststellung müssen die Kompetenzen in Erziehung und psychischer Gesundheit rund um das Kind und die Familie noch besser koordiniert werden, um die Verschärfung psychischer Probleme zu reduzieren. Idealerweise sollten zudem Unterbrechungen in der Betreuung und unzusammenhängende Versorgungsverläufe vermieden werden.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft wurde bei der föderalen Initiative zur Verstärkung mobiler Krisenteams für Kinder und Jugendliche bislang nicht einbezogen. Das Netzwerk Mentale Gesundheit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat von dieser Initiative im Rahmen seiner Treffen mit den anderen Netzwerken erfahren. Daraufhin wurde der Fachbereich Jugendhilfe Anfang Oktober informiert.

Die genauen Förderbedingungen prüfen wir zurzeit. Wir sind der Auffassung, dass auch die Deutschsprachige Gemeinschaft eine Förderung für entsprechende Initiativen erhalten sollte. Dazu ist ein entsprechendes gemeinsames Projekt und ein Antrag über das Netzwerk Mentale Gesundheit Ostbelgien in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Jugendhilfe erforderlich, um zusätzliche Ressourcen für frühzeitige Interventionen zu erhalten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!